

ANTRAG AUF AUSSTELLUNG EINER STAMMKARTE FÜR SCHÜLER/ AZUBIS - SCHULJAHR 2022/2023



(gilt nur für ein Schuljahr/ Ausbildungsjahr, bitte in DRUCKSCHRIFT ausfüllen)

1. PERSÖNLICHE ANGABEN

Hiermit beantrage ich mit Gültigkeit ab: 01. _____ 20____ (Monat/ Jahr)
eine Stammkarte zum Erwerb einer ermäßigten Zeitfahrkarte für

Bitte ankreuzen: Schüler Auszubildender

Nachname

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Geburtsdatum

Telefonnummer für Rückfragen (volljähriger Schüler oder
Erziehungsberechtigter)

Schule/ Berufsschule/ sonstiges

Klasse

Kursbezeichnung/ Bezeichnung Ausbildungsberuf

aktuelles Passbild

(30x40 mm)
beschriften und
anheften!

Nicht kleben!

1 Passbild
erforderlich

Dieser Antrag wird
bearbeitet durch:

Verkehrsgesellschaft
Vorpommern-
Rügen mbH (VVR)
Zum Rauhen Berg 1
18507 Grimmen

Diese Spalte wird von der
VVR ausgefüllt:

2. TARIF ODER FAHRSTRECKE WÄHLEN

Stadttarif Hansestadt Stralsund

Von Haltestelle:

Ortstarif Bergen auf Rügen,
Sassnitz, Ribnitz-Damgarten

Nach Haltestelle:

Ortsteiltarif Ribnitz,
Ortsteiltarif Damaarten

Kundennummer

Von Wabe (Nr.)

Wabename

Bis Wabe (Nr.)

Wabename

Preisstufe

Preis: erm. WK

Preis: erm. MK

3. EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG

Ich willige gemäß § 4 BDSG und EU-DSGVO ein, dass die im Bestellantrag anfallenden personenbezogenen Daten durch die VVR zum eigenen Zweck der Vertragsabwicklung und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gem. § 28 BDSG erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Ich stimme diesem mit meiner Unterschrift ausdrücklich zu. Die Datenschutzbestimmungen habe ich gelesen und erkenne sie an.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller (volljähriger Schüler bzw.
bei Minderjährigen der Erziehungsberechtigte)

4. BESTÄTIGUNG DER SCHULE/ BERUFSSCHULE

Die Richtigkeit der obigen Angaben wird bestätigt:

Bearbeitungsdatum

Bearbeiter

Datum, Unterschrift Schule/ Berufsschule*

Stempel Schule/ Berufsschule*

* beachte: Unterschrift und Stempel des Ausbildungsbetriebes sind nicht gültig!!

Auszubildende

(1) Auszubildende nach § 2 der Verordnung über die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr (AusglVO M-V) sind

1. schulpflichtige Personen bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres;

2. nach Vollendung des 15. Lebensjahres

a) Schüler und Schülerinnen sowie Studenten und Studentinnen öffentlicher, staatlich genehmigter oder staatlich anerkannter privater allgemein bildender Schulen, berufsbildender Schulen, Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, Hochschulen, Akademien mit Ausnahme der Verwaltungsakademien, Volkshochschulen, Landvolkshochschulen;

b) Personen, die private Schulen oder sonstige Bildungseinrichtungen, die nicht unter Buchstabe a fallen, besuchen, sofern sie aufgrund des Besuches dieser Schulen oder Bildungseinrichtungen von der Berufsschulpflicht befreit sind oder sofern der Besuch dieser Schulen und sonstigen privaten Bildungseinrichtungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz förderungsfähig ist;

c) Personen, die an einer Volkshochschule oder einer anderen Einrichtung der Weiterbildung Kurse zum nachträglichen Erwerb des Abschlusses der Berufsreife oder der mittleren Reife besuchen;

d) Personen, die in einem Berufsausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz oder in einem anderen Vertragsverhältnis nach § 26 des Berufsbildungsgesetzes stehen, sowie Personen, die in einer Einrichtung außerhalb der betrieblichen Berufsausbildung nach § 43 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes und nach § 36 Absatz 2 der Handwerksordnung ausgebildet werden;

e) Personen, die einen staatlich anerkannten Berufsvorbereitungslehrgang besuchen;

f) Personen im Praktikum oder Volontariat, sofern die Ableistung eines Praktikums oder Volontariates vor, während oder im Anschluss an eine staatlich geregelte Ausbildung oder ein Studium an einer Hochschule nach den für Ausbildung und Studium geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;

g) Anwärter und Anwärterinnen im Vorbereitungsdienst in der Laufbahngruppe 1 sowie Praktikanten und Personen, die durch Besuch eines Verwaltungslehrganges die Qualifikation für die Zulassung als Beamtenanwärter der Laufbahngruppe 1 erst erwerben müssen, sofern sie keinen Fahrtkostenersatz von der Verwaltung erhalten;

h) Teilnehmer an einem freiwilligen sozialen Jahr oder an einem freiwilligen ökologischen Jahr oder vergleichbaren sozialen Diensten (zum Beispiel Bundesfreiwilligendienst).

(2) Die Berechtigung zur Nutzung von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs hat sich das Unternehmen nachweisen zu lassen. In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a bis g geschieht dies durch Vorlage einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte oder der Auszubildenden, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe h durch Vorlage einer Bescheinigung des Trägers der jeweiligen sozialen Dienste. In der Bescheinigung ist zu bestätigen, dass die Voraussetzung des Absatzes 1 Nummer 2 gegeben ist.

Die Bescheinigung gilt längstens ein Jahr.